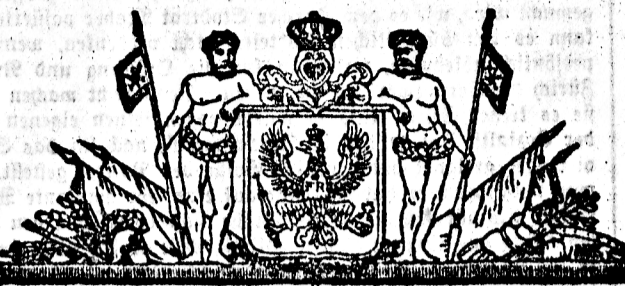


Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): V. Rolf Gallier in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech. Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Bulgarien vor der Umwälzung.

Absetzung des Zaren Boris?

Drahtmeldung.

Amsterdam, 1. August.

Nach einem in den englischen Blättern veröffentlichten Neutertelegramm hat man in amtlichen britischen Kreisen verlässliche Berichte aus Sofia erhalten, die ein sehr ernstes Bild von der inneren Lage in Bulgarien geben. Man hat den Eindruck, daß Bulgarien dem Beispiel Ungarns folgen, eine Sowjet-Republik errichten und den König Boris absetzen wird.

Bereits unmittelbar nach dem militärischen Zusammenbruch Bulgariens im Herbst 1918 nahm die revolutionäre Bewegung, die zur Abdankung des Zaren Ferdinand führte, einen radikalen Charakter an, der stark bolschewistisch gefärbt schien. Es war damals wohl in erster Linie das Eingreifen der Entente, welches das politische Gleichgewicht wieder herstellte und zur Niederdrückung der meuternden Deserteurbanden mitwirkte. Seitdem ist jedoch die bolschewistische Strömung nicht mehr aus dem völlig zerrütteten Staatsleben Bulgariens geschwunden, und besonders seit dem Entstehen der Sowjetrepublik Ungarn in so naher Nachbarschaft hat sie eine solche Stärke gewonnen, daß die englischen Befürchtungen nicht unbegründet erscheinen.

Die Abreise aus Versailles.

Meldung der Havas-Agentur.

Paris, 31. Juli.

Der beratende Ausschuss des zweiten Schiedsgerichts, welches mit der Untersuchung über die Vorfälle, die sich bei der Abreise der deutschen Delegation ereignet haben, betraut ist, hat seine Untersuchung beendet und beantragt, die Untersuchung niederzuschlagen. Man habe festgestellt (1), daß die Deutschen, indem sie lärmende Griffe wechselten, Schreie ausbrachten und der Menge Grimassen schnitten, dadurch Proteste heraufbeschworen haben. Man hat nicht festgestellt (2), ob die Menge Steine geworfen hat.

Hierzu bemerkt das W. T. S.: Diese Havas-Meldung steht in einem sonderbaren Gegensatz zu der Tatsache, daß Clemenceau in seiner bereits bekannten Note der deutschen Regierung sein Bedauern über das den Gesetzen der Gastfreundschaft in so ärgerlicher Weise zuwiderlaufende Geschehnis ausgesprochen hat. Ein Augenzeuge des Vorfalles bestätigt, daß es den Mitgliedern der deutschen Delegation in keiner Weise eingefallen ist, das französische Publikum durch Schreie, Grimassen usw. zu reizen. Sehr sonderbar wirkt die Behauptung, daß nicht festgestellt sei, daß die Menge Steine geworfen habe. Frau Dornblüth, die noch an einer Kopfverletzung im Krankenhaus darniederliegt, kann das Gegenteil bestätigen, und auch andere Mitglieder der Delegation sind, wenn auch leichter, durch Steinwürfe verletzt worden. Das feindliche Verhalten des französischen Publikums beschränkte sich nicht auf den Augenblick, als die deutschen Delegierten ihr Hotel verließen, sondern setzte sich den ganzen, ziemlich langen Weg fort, den die Delegation zum Bahnhof zurückzulegen hatte.

Aus London wird drahtlos gemeldet: Baron v. Dersner hat Clemenceau eine neue Note über die Steinkohlen- und Farbstofffrage überreicht. Der Führer der deutschen Abgeordneten in Versailles hat gleichfalls eine Note über die Versorgung Frankreichs mit Steinkohlen überreicht.

Die Räumung Litauens.

Wie uns mitgeteilt wird, geht die Räumung Litauens und Suwalkis planmäßig voran. Die militärischen Behörden gehen entsprechend den von Berlin erteilten Befehlen die deutschen Truppen allmählich zurück.

Uerdreifachung der Erbschaftsteuer?

Drahtmeldung unserer Weimarer Redaktion.
* Weimar, 1. August.

Im Steueraussschuß für die Beratung der Erbschaftsteuer erklärte der sozialdemokratische Abg. Reil, daß seine Partei eine wesentliche Erhöhung der vorgeschlagenen Steuerätze fordern

müsse. Reil schlug eine Verdreifachung der Steuerätze in der Regierungsvorlage vor und erklärte, daß ohne eine ausreichende Besteuerung des Vermögens seine Partei nicht für die geforderten indirekten Steuern stimmen könne.

In der Freitagssitzung der Tabaksteuerkommission wurde die Kontingentierung der Zigarettensteuer gestrichen.

Deutschlands Zahlungsverpflichtung.

Meldung des Vossischen Telegraphen-Büros.

Verailles, 1. August.

Vor dem Friedensaussschuß der französischen Kammer verbreitete sich Finanzminister Klotz über die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands und sagte erklärend, Deutschland schulde Frankreich, England und Amerika alle Summen, die diese Länder während des Krieges vorgeschossen hätten. Die Regelung habe einschließlich der Zinsen vor 1926 zu erfolgen, und zwar direkt an die Gläubiger Belgiens. Die Bewilligungen seien nicht leicht zu bewerten gewesen. Auch habe die Prüfung der Forderungen, weil viele Gläubiger Deutschlands vorhanden seien, Schwierigkeiten bereitet. Nach Klotz belaufen sich die Kriegskosten auf 1005 Milliarden. Wenn auch keiner der Hauptgläubiger bedrängt werden solle, habe man trotzdem Privilegien aufstellen müssen und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß in erster Linie die Wiederherstellung der besetzten Gebiete und dann Wiedergutmachung des zugefügten Schadens stattfinden müsse. Von der jährlichen Entschädigungssumme, die Deutschland bezahle, werde Frankreich mehr als 50 Prozent erhalten. Hätte man sofortige Zahlung verlangt, so wäre Deutschland ruiniert und dem Bolschewismus verfallen gewesen. Der Grundfah sei deshalb gewesen, Deutschland die Erfüllung seiner Verpflichtungen dadurch zu ermöglichen, daß es arbeite. Es frage sich nun, was Deutschland bezahlen könne. Die Reichsbank verfüge nur noch über eine Milliarde dreihundert Millionen Goldmark. Die mobilen Werte, die Deutschland verfügbar habe, könnten kaum sieben bis acht Milliarden übersteigen, denn viele Werte seien ins Ausland gegangen. Deutschland habe zwar vor dem Kriege dreißig Milliarden ausländische Werte besessen, diese Summe sei aber im Kriege vermindert worden. Außerdem seien die Werte seiner früheren Verbündeten stark entwertet worden. Die Alliierten hätten sich deshalb der Werte und Güter bemächtigen müssen, die den Deutschen im Ausland gehören. Es handele sich hier um eine große Summe, deren Höhe man aber noch nicht feststellen könne. Dazu kämen die Handelschiffe und die Dampfschiffe. Die einzige Regelungsart, die als praktisch erkannt worden sei, sei die Ausgabe von Schatzscheinen, die zugunsten der Wiedergutmachungskommission bis 1921 in Bezug auf ihre Höhe festgesetzt werden sollen. Ihr Wert werde selbstverständlich davon abhängen, in welcher wirtschaftlichen Lage sich Deutschland befinden werde. Die Arbeits- und Sparkraft des deutschen Volkes gebe aber keine Veranlassung zur Verzweiflung.

Das Ende der Feindseligkeiten.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

os Rotterdam, 1. August.

Der französische Ministerrat hat sein Einverständnis mit einem Gesetzentwurf erklärt, nach dem das Ende aller Feindseligkeiten von dem Tage der Veröffentlichung im „Journal Officiel“ nach der Ratifikation des Friedensvertrages durch die Kammer datieren soll, ohne erst abzuwarten, bis die übrigen alliierten oder assoziierten Mächte den Vertrag ratifiziert hätten, oder bis der Frieden mit Oesterreich, Bulgarien und der Türkei geschlossen sei.

Dem englischen Oberhaus ist gestern abend mitgeteilt worden, daß der König seine Genehmigung zu dem Gesetzentwurf über die Ratifikation des Friedensvertrages und des französisch-englischen Vertrages gegeben hat, so daß er Gesetzeskraft erlangt hat.

Der Beschluß des französischen Ministerrats zeigt, daß Frankreich die möglichst rasche Wiederaufnahme geordneter friedlicher Beziehungen zu Deutschland anstrebt. Da die Ratifizierung bei verschiedenen der verbündeten Mächte, vor allem den Vereinigten Staaten und Japan, noch vor größeren Schwierigkeiten steht, so ist dieser Gesetzentwurf notwendig geworden, der dem französischen Parlament eine Handhabe geben soll, unabhängig von den anderen Verbündeten den Friedenszustand in Europa wieder durchzuführen.

Die Schweiz im Wirbel der Zeit.

Von

Paul Schlegeler.

Beichtat der „Vossischen Zeitung“.

Bern, Ende Juli.

Die Eidgenossenschaft hat in diesen Tagen den 100. Geburtstag des Meisters gefeiert, der für die Schweiz und für Deutschland das edelste gemeinsame Besitztum darstellt: Gottfried Keller. Die schmerzliche Nachkinnung des Krieges hat es wohl verhindert, daß man das Volk zu sinnig erdachten Festen lud; und wenn man von zahlreichen mehr oder minder gelungenen Zusammenkünften abliest, in denen die Bedeutung des Dichters nach jeglicher Richtung erklärt und gepriesen wurde, blieb recht wenig Sinnfälliges für die Teilnahme an dem besonderen Tage übrig. Wer am vergangenen Sonnabend die gute Stadt Zürich betrat, nahm wohl ein etwas lebhafteres Straßentreiben wahr, und bemerkte dann einige anmutige Mädchen, die hübsche alte Bauernkleidung aus den Familienschränken geholt hatten. Aber dann folgte ein feierlicher Umzug der Studentenschaft, der äußerlich genommen mit dem Wesen des Meisters recht wenig zu tun hatte. An der inneren Hingabe der jungen Leute an den Dichter und seine Werke soll nicht gezweifelt werden. Nur wurde zwischen dem Grünen Heinrich, an den man dachte, und der korrekten Jugend im strehlenden Licht, die man sah, nicht gerade sehr Beziehungsreiches offenbar, und es wurde dem Zuschauer nicht gerade leicht, sich bei diesem äußeren Glanz des großen Dichters stille Weise zu verewähren.

Weniger zu verwundern ist es, daß man bei den zahlreichen Festreden sich nicht nur des Dichters erinnerte, sondern mit ganz besonderem Nachdruck des Politikers und glühenden Vaterlandsfreundes. Keller hatte als Schweizer das Glück, ein Vaterland preisen zu können, ohne damit Vergrößerung und äußere Macht meinen zu müssen. So innig sich der Schweizer an seine Erde klammert, so zäh und bewußt er auch Vorteile wahrzunehmen versteht, sein kleines Land ist ihm mit Recht bedeutend als Idee, und diese Idee vor jeglicher Antastung zu bewahren, ist ihm Lebensbedürfnis. Mit ehrlichem Mißtrauen betrachtet er deshalb alle Veränderungen, die der Friedensschluß in Europa vorbringt, und seine Stellung zum Völkerverbund ist heute noch nicht ganz entschieden, sie bewegt die Gemüter auf das Lebhafteste. Unter den Festrednern für Gottfried Keller befand sich auch der jetzige Bundespräsident Herr Ador. Begreiflicherweise benutzte der Staatsmann die Gelegenheit, den politischen Dichter besonders zu beleuchten, um dann zu brennenden Tagesfragen überzugehen. Auch er gab dabei kund, was nach den letzten Äußerungen anderer Schweizer Staatsmänner bereits bewußt ist, daß der Bundesrat nunmehr für den Eintritt der Schweiz in den Völkerverbund ist. Der Regierung ist dieser Beschluß nicht leicht geworden, und auch heute weiß man noch nicht mit völliger Sicherheit, was man tun will. Die Einfügung der schweizerischen Neutralität in den Völkerverbund ist ein überaus heikles Problem, und man hat einige Zeit daran gezweifelt, ob es materiell überhaupt möglich sein würde, die Eidgenossenschaft dem so ansehbaren Gebilde anzuzuliefern. Das dringende Verlangen Deutschlands, so bald wie möglich in den Bund aufgenommen zu werden, hat eines der Haupthindernisse für die Schweiz beseitigt, denn sie konnte sich nicht an einem Unternehmen beteiligen, das einen oder mehrere seiner Nachbarstaaten an der Teilnahme prinzipiell ausschloß. Aber betonte wohl, daß der Völkerverbund von der Vollkommenheit heute noch entfernt sei, daß man aber den Leuten die Hand reichen müsse, die bestrebt seien, eine bessere Menschheit zu verwirklichen.

Herr Ador gedachte auch der inneren Schwierigkeiten des Landes, und da er seine Rede in Zürich hielt, so konnte er sich unmittelbar an die Eidgenossen wenden, die mit der größten Sorge in die Zukunft schauen. Er betonte den „schweren Kontrast zwischen den Schwierigkeiten, die viele Familien haben, ihre Kinder anständig zu erziehen, und dem lächerlich übertriebenen Aufwand der plötzlich reich gewordenen Spekulant, die so sehr dazu beitragen, die Unzufriedenheit zu erhöhen.“ Herr Ador hat mit diesen Worten die schwierigste der die Schweiz bewegenden Fragen auf eine sehr vorichtige Art gestreift, und er hat in seiner klugen Art die Verantwortung für die sozialen Zustände Zürichs nicht auf die Schultern der breiten, dunklen Massen gewälzt, die sich in offener Gärung befinden. Die Eidgenossenschaft hat in den letzten Monaten den zulange vermißten Weg der sozialen Gesetzgebung beschritten, indes noch keine beruhigende Wirkung auf die Massen des Proletariats erzielt. Der Parteivorstand der schweizerischen Sozialdemokratie hat erst vor einigen Tagen mit Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen, der Partei den Eintritt in die dritte Internationale vorzuschlagen, und der sich vorbereitenden Konferenz von Luzern werden die Schweizer Genossen abermals fern bleiben. Diese neue Betätigung radikaler Gedankrichtungen ist natürlich sehr geeignet, die bürgerlichen Kreise zu beunruhigen. Gewiß ist die extreme Richtung nur in den Großstädten eine überwiegende, und man kann mit atemlichen